

Englisches Unterhaus.

Unangenehme Anfragen. Die Munitionsbill. Schwere Anklagen gegen die frühere Regierung.

London, 29. Juni.

Der Generalstaatsanwalt sagte auf eine Unterhausanfrage: Die Regierung erwäge ein Einschreiten gegen gewisse Artikel des „Labour Leader“ und gegen den Brief Dr. Conybeares über die Tätigkeit der britischen Warcomitees.

Arthur Markham fragte den Premierminister, ob die „höchste Autorität“, auf Grund deren er in Newcastle erklärte, daß die Engländer und die Alliierten nicht durch Mangel an Munition behindert seien, Ritchener oder ein anderer Beamter des Kriegsministeriums sei.

Premierminister Asquith erwiderte, er könne im öffentlichen Interesse diese Frage nicht beantworten.

Staatssekretär des Innern Sir John Simon wandte sich bei Beantwortung dieser Frage gegen die übertreibenden und heurnruhigenden Zeitungsmeldungen über Luftangriffe.

Arthur Markham fragte, ob das Kriegsministerium weiterhin Rekruten anwerben wolle, die es nicht ausrüsten könne.

Tennant erwiderte, es wäre unzweckmäßig, das System jetzt zu ändern.

Bei der zweiten Lesung der Munitionsbill sagte Mac Meill (Unionist), er zweifle daran, daß die

Bestimmungen der Bill ausreichen, und kritisierte die große Verzögerung einer solchen Gesetzgebung. Lloyd-George habe neulich gesagt, man brauche acht bis neun Monate, um Werke zur Herstellung von Gewehren zu gründen. Er habe ferner mitgeteilt, daß, während die Zentralmächte vermutlich die Grenzen ihrer Produktion erreicht hätten, wir eben erst die Schwelle unserer Möglichkeiten überschritten hätten, und dies nach zehn Kriegsmonaten. Die Munitionsbill sei zugestandenemassen nur ein Experiment. Haben wir Zeit, Experimente zu machen? Redner tritt für den Staatszwang ein.

Houston (Unionist) sagte, General French und die Armee haben seit Monaten dringend mehr Munition gefordert. Lloyd-George scheine allein unter den Ministern den Mut zu haben, der Nation die Wahrheit zu sagen. Der Mangel an Geschützen und Munition sei unerhört schimpflich. Die bisherige geringe Anteilnahme im Lande sei Schuld des Benjors, der die Wahrheit schimpflich verheimlicht. Das Kriegsministerium glaubt wahrscheinlich, fuhr Redner fort, daß wir uns durch den Krieg fortwursteln könnten, wie im Burenkriege. Aber die heutige Lage ist ganz anders. Niemals in der ganzen Geschichte unseres Landes war die Lage so verzweifelt. Die frühere Regierung tat alles, um das Land durch falsche Sicherheit zu chloroformieren. Jetzt haben wir eine Koalition, weil das Kriegsministerium im eigenen Bureautilratismus verstrickt, über der Munitionsfrage zusammenbrach.

Die neue Regierung muß die ganze und volle Wahrheit sagen. Die Lage bedeutet nach elf Kriegsmonaten ein reines Patt. Die Deutschen sehen nicht aus, als wären sie im Osten geschlagen. Wenn es ihnen gelingt, die Russen zurückzutreiben, können sie Truppen an die Westfront senden, auf Calais losgehen, von dort Dover und Folkestone mit schwerem Geschütz beschießen und unter Deckung dieser Beschießung einen Luftangriff oder einen Einfall nach England versuchen. Man spricht vom Schutze durch unsere Flotte, aber Gallipoli lehrt, was die Flotte tun kann, was nicht.

Der Sprecher forderte den Redner auf, zur Munitionsbill zu sprechen.

Houston warnte fortwährend Lloyd-George vor engen Beziehungen des Kriegsministeriums und der Admiralität mit Waffenfirmen. Er kritisierte, daß das Kriegsministerium erst jetzt mit gußeisernen Brisanzgeschossen Versuche anstelle, während die Deutschen schon Millionen davon gebrauchten.

Hobhouse (liberal) sagte, wenn wieder Angriffe auf die letzte Regierung gemacht würden, würde eine sehr offene Aussprache die Folge sein. Er bestritt, daß die Lage verzweifelt sei.

Hodge (Arbeiterpartei) trat für die Bill ein, meinte aber, Einzelheiten müßten verbessert werden. Streiks seien während des Krieges undenkbar. Die Arbeitsfreitigkeiten der letzten Monate seien durch die Steigerung der Lebensmittelpreise entstanden. Die Schwierigkeit liege vielmehr im Mangel an Maschinen für die Herstellung von Munition. Die Arbeiterpartei bekämpfe im Prinzip die Bill nicht.

Staatssekretär des Innern Sir John Simon sagte, die Debatte zeige, daß die dringende Notwendigkeit besonderer Maßregeln zur Herstellung von Munition nicht bestritten werde. Die Bill erstrebe keinen Staatszwang. Die Gewerkschaften würden nach dem Kriege alle früheren Rechte zurückerhalten.

Premierminister Asquith betonte, daß die Bill in dieser Woche erledigt werden müsse.

Snowden (Arbeiterpartei) bestritt, daß Hodge die Ueberzeugung der Gewerkschaften ausgesprochen habe. In der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter mit Lloyd-George, in der die Berg- und Textilarbeiter nicht vertreten gewesen seien, habe ein Drittel der Vertreter gegen die Munitionsbill gestimmt. Streiks seien in dieser Zeit undenkbar, aber die Regierung habe die Berechtigung der Bill nicht dargetan. Redner wies nach, daß die Regierung das Arsenal von Woolwich nicht voll ausgenützt habe, und protestierte dagegen, daß der Munitionsminister die Vollmacht erhalte, in den unter die Bill fallenden Anstalten nach Belieben Verordnungen zu erlassen.

O'Grady (Arbeiterpartei) wandte sich gegen Snowden, der zwischen den Arbeitern und ihren erwählten Führern Zwietracht säe.

Präsident des Unterrichtsamtes Henderson gab eine Uebersicht über die Streikbewegung seit Kriegsbeginn und betonte, daß im Prinzip das obligatorische Schiedsgericht von den Vertretern der Gewerkschaften für Maschinen- und Schiffsbau bereits im März angenommen worden sei. Snowdens Stellungnahme sei durch seine Auffassung vom Kriege beeinflusst.

Pringle (liberal) sagte: Die Mißverständnisse über den Ernst und die Dauer des Krieges sind teilweise die Schuld der Preßberichte des Hauptquartiers. Der bekannte Augenzeuge im Hauptquartier berichtete vor einigen Monaten, daß die Deutschen, deren Munitionsvorräte erschöpft seien, Geschosse alten Typs verwendeten. Redner wandte sich gegen die Absicht der Regierung, die Bill durchzupeitschen. Es sei nicht das erstemal, daß Lloyd-George mit einer Bill solche Eile habe. Es sei nicht der Versuch gemacht worden, nachzuweisen, daß die Bill die Erzeugung von Munition vermehren würde. Redner kritisierte scharf die Bill und bekämpfte die unbegrenzte Vollmacht, als eine Diktatur mit ihren sehr schlimmen Folgen. Viele, die geholfen hätten, jene Diktatur zu begründen, hätten jetzt ihr gefallenes Idol angegriffen. Redner wünscht nicht, daß auch Lloyd-George ein gefallenes Idol werde. Redner sprach weiter bis um 10 Uhr 55 Minuten nachts, worauf nach kurzen Bemerkungen von Lloyd-George die Bill in zweiter Lesung angenommen und die Sitzung geschlossen wurde.